

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU/CSU

zur Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung

**zur aktuellen Lage im Kosovo nach dem Eingreifen der NATO und zu
den Ergebnissen der Sondertagung des Europäischen Rates in Berlin**

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag unterstützt die Zielsetzung der EU, die Agrarpolitik, die Strukturpolitik und die Finanzen der Union zu reformieren, um die Zukunftsfähigkeit der Gemeinschaft zu erhöhen und die notwendigen Voraussetzungen für die Osterweiterung zu schaffen. Die in den 80er und 90er Jahren getroffenen großen Richtungsentscheidungen – die Vollendung des Binnenmarktes, die Verträge von Maastricht und Amsterdam, die Erweiterungsbeschlüsse des Luxemburger EU-Gipfels und die Einführung einer gemeinsamen europäischen Währung – bilden hierfür ein erstklassiges Fundament.
2. Der Deutsche Bundestag begrüßt, daß die Mitgliedstaaten der EU dem Ziel der Osterweiterung der Gemeinschaft hohe Priorität einräumen. Die Ereignisse im Kosovo zeigen, wie labil Frieden und Freiheit außerhalb der EU noch immer sind. Der Deutsche Bundestag unterstützt die Absicht der Bundesregierung, an dem im zentralen Interesse Deutschlands liegenden Projekt der Osterweiterung der EU intensiv mitzuwirken.
3. Der Deutsche Bundestag bedauert, daß die Beschlüsse des Europäischen Rates von Berlin z. T. deutlich hinter den gesteckten Zielen zurückbleiben. Fehler und Schwächen bei der Agenda 2000 sind jedoch der europäischen Idee und dem Fortgang des Integrationsprozesses abträglich, zumal das Reformpaket die Zukunft Europas für einen langen Zeitraum wesentlich mitbestimmt.

Der Deutsche Bundestag ist enttäuscht, daß im Rahmen des notwendigen Ausgleichs berechnigte deutsche Interessen nicht ausreichend berücksichtigt worden sind. Das erschwert auch die Akzeptanz der Agenda 2000 in Deutschland.

4. Nicht akzeptabel sind die Berliner Beschlüsse zur künftigen Agrarpolitik der EU. Das Verhandlungsergebnis bedeutet mehr Bürokratie, sinkende Einkommen und eine weiter steigende Abhängigkeit der Landwirte von Beihilfen und Subventionen. Die Erhöhung der Milchquote

führt zu steigendem Preisdruck für die Erzeuger und steht dem Ziel der Verringerung von Überschüssen entgegen.

Mit dem Verzicht auf den Einstieg in die Kofinanzierung der Agrarhilfen aus den nationalen Haushalten – gegen die ausdrückliche Forderung der Bundesländer und der Mehrheit des Deutschen Bundestages – wurde die große Chance vergeben, den deutschen Nettosaldo zu verringern und die gemeinsame Agrarpolitik auch in der Perspektive einer baldigen EU-Erweiterung finanzierbar zu halten.

Die Einkommensverluste für die deutschen Landwirte aus dem Agrarpaket sind erheblich. Sie werden überdies noch verschärft durch zusätzliche Belastungen durch Steuerreform und Ökosteuer sowie die Kürzungen der Zuschüsse zur Berufsgenossenschaft in Höhe von 1,8 Mrd. DM. Keiner anderen gesellschaftlichen Gruppe werden derartige Einschnitte zugemutet.

5. Der Deutsche Bundestag hat sich wiederholt für eine Reform der Struktur- und Regionalförderung ausgesprochen, welche die verfügbaren Finanzmittel auf die Regionen mit dem höchsten Entwicklungsbedarf konzentriert, zugleich aber den Mitgliedstaaten ein höheres Maß an Eigenverantwortung zuweist – vor allem dort, wo ganze Regionen aus der Strukturförderung der EU herausfallen. Der Deutsche Bundestag stellt fest, daß mit der Verringerung der Gebietskulisse für die EU-Förderung keine Reduzierung der Mittel einhergeht. Damit wird eine entscheidende Möglichkeit vertan, durch Einsparungen Finanzierungsspielräume für die Osterweiterung zu gewinnen.

Der Deutsche Bundestag bedauert, daß bez. der nationalen Mitwirkungsmöglichkeiten die Auswahl der Ziel-2-Gebiete außerhalb der harten Kriterien nicht den Mitgliedstaaten überlassen wird, sondern nach wie vor durch Kriterien und durch einen Genehmigungsvorbehalt durch die Kommission beschränkt ist. Er unterstützt die Fortsetzung der Förderung für die neuen Länder in der Ziel-1-Kategorie und spricht sich für den Verbleib der besonders benachteiligten grenznahen Räume in der Ziel-2-Kategorie aus.

Der Deutsche Bundestag stellt fest, daß die Strukturförderung in Deutschland gegenüber anderen europäischen Staaten überproportional stark beschnitten und damit insbesondere der ländliche Raum benachteiligt wird. Um so mehr ist zu bedauern, daß die von Bundesrat und Deutschem Bundestag geforderte Flexibilitätsmarge für eine nationale Strukturförderung nach der Gemeinschaftsaufgabe zur „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ neben der EU-Fördergebietenkulisse nicht in ausreichender Weise abgesichert wurde.

6. Der Deutsche Bundestag begrüßt das Festhalten der Mitgliedstaaten an der EU-Haushaltsobergrenze von 1,27 % des Bruttoinlandsprodukts der EU und die Entscheidung des Berliner EU-Gipfels, in den kommenden Jahren diese Obergrenze zu unterschreiten. Der deutsche Nettosaldo bleibt allerdings unangemessen hoch. Obwohl die große Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten richtigerweise sagt, daß die Beiträge dann als gerecht anzusehen sind, wenn sie sich an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, also am anteiligen Bruttosozialprodukt orientieren, ist in Berlin die bestehende Beitragsungerechtigkeit nicht hinreichend korrigiert

worden. Die strukturellen Haushaltsungleichgewichte im Beitragssystem der EU wurden vom Berliner Gipfel nicht beseitigt. Die hohen Erwartungen, die der Bundeskanzler zur Jahreswende 1998/99 hinsichtlich einer Senkung der deutschen Nettobeiträge geweckt hatte, konnten nicht annähernd erfüllt werden. Der deutsche Nettobeitrag ist nach den amtlichen Zahlen der Kommission zwischen 1994 und 1997 bereits von 27 auf 22 Mrd. DM gesunken. Demgegenüber ist das in Berlin erreichte Ergebnis eher bescheiden.

7. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, bei der konkreten Ausgestaltung und Umsetzung der Beschlüsse von Berlin darauf zu achten, daß nationale und regionale Handlungsspielräume genutzt werden und unzumutbare Härten, insbesondere im Bereich der Landwirtschaft, durch nationale Regelungen ausgeglichen werden. Für die Gestaltung ihrer Regionalpolitik mit eigenen Mitteln müssen die Mitgliedstaaten und Regionen mehr Freiräume erhalten. Die Belastungen der Landwirte durch die nationalen Maßnahmen im Bereich des Steuerrechts und der landwirtschaftlichen Unfallversicherung müssen umgehend zurückgenommen werden.
8. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, auf eine Korrektur der falschen Weichenstellungen der Agenda 2000 zu drängen. Er erinnert daran, daß der Deutsche Bundestag und der Bundesrat das bisher geltende Eigenmittelsystem der EU im Jahre 1995 mit breiter Mehrheit gebilligt, zugleich aber die Bundesregierung aufgefordert haben, bei der notwendigen Überprüfung der Finanzierung der EU im Jahre 1999 auf eine grundsätzliche Neuordnung und gerechtere Lastenverteilung hinzuwirken. Dies ist nur zu einem kleinen Teil erreicht worden.
9. Der Deutsche Bundestag begrüßt die rasche Entscheidung für Romano Prodi als neuen Kommissionspräsidenten. Die Wahl des neuen Kommissionspräsidenten muß einhergehen mit tiefgreifenden Reformen von Struktur und Arbeitsweise der Kommission. Er fordert die Bundesregierung auf, die institutionellen Reformen in der EU rasch in Angriff zu nehmen. Weiterhin spricht er sich dafür aus, die Kompetenzen zwischen der EU und den Mitgliedstaaten klarer abzugrenzen und die Verantwortlichkeiten bei Kommission, Rat und Europaparlament eindeutig zuzuordnen. Dies wäre eine unverzichtbare Antwort auf die skandalösen Vorkommnisse in der EU-Kommission.

Die EU braucht auch größere Klarheit darüber, welche Aufgaben ggf. wieder auf die nationale oder regionale Ebene zurückverlagert werden können und welche Aufgaben und Zuständigkeiten von Europa wahrgenommen werden müssen, weil sie dort besser gelöst werden können. Das Prinzip der Subsidiarität und der Wettbewerb um die besten Lösungen bleiben auch in Zukunft die zentralen Orientierungen für die Fortführung des europäischen Einigungsprozesses.

Bonn, den 26. März 1999

Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion